7. Landesjugendhilfeausschuss Mecklenburg-Vorpommern (LJHA M-V)

Ergebnisprotokoll

der 8. Sitzung des 7. LHJA am 20.09.2018

Ort: Landesamt für Gesundheit und Soziales M-V,

Raum 328

Erich-Schlesinger-Straße 35

18059 Rostock

Beginn: 09:38 Uhr **Ende:** 12:56 Uhr

Leitung: Herr Heibrock, Vorsitzender

ab 12:15 Uhr Frau Evelyn Theil (stellvertretend)

Protokoll: Frau Schlieker, KSV-M-V, Landesjugendamt

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

- 2. Bestätigung der Tagesordnung
- 3. Protokoll der 7. Sitzung vom 21.06.2018
- 4. Übergangsmanagement Schule und Beruf, mit abschließender Aussprache und Forderungen für eine Beschlussfassung (Frau Dr. Christiane David, JugendServiceMSE und Herr Fabian Scheller, DGB Rostock-Schwerin)
- 5. Aufgabenbeschreibung Unterausschuss Jugend- und Schulsozialarbeit
- 6. Konkrete Beispiele aus der Praxis zum Thema "Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung sozialer Arbeit" (Herr Lehmann)
- 7. Respekt Coach ein bundesweites Präventionsprojekt ein Angebot der Jugendsozialarbeit
- 8. Termine des LJHA 2019
- 9. weitere Berichte
- 10. Sonstiges

Anwesenheit:

Die Anwesenheitsliste der 8. Sitzung wird als Anlage "Teilnehmerliste" dem Protokoll beigefügt.

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschussfähigkeit

Der Vorsitzende des Landesjugendhilfeausschusses, Herr Heibrock, eröffnet die 8. Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses. Er begrüßt die Anwesenden. Die Be-

schlussfähigkeit des Landesjugendhilfeausschusses ist mit 12 stimmberechtigten Mitgliedern/Vertretern gegeben.

TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung ist mit der Einladung zugegangen. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche. Die Tagesordnung wird bestätigt.

TOP 3 Protokoll der 6. Sitzung des 7. LJHA

Das Protokoll der 7. Sitzung vom 21.06.2018 ist mit der Einladung zugegangen. Es gibt dazu keine Anmerkungen oder Ergänzungen. Das Protokoll wird genehmigt.

TOP 10 Sonstiges

Herr Heibrock ruft den TOP 10 auf. Er wird die Sitzung aufgrund eines Termins um 12:15 Uhr verlassen und daher wahrscheinlich nicht mehr anwesend sein, wenn der Tagesordnungspunkt regulär aufgerufen wird. Herr Heibrock führt aus, dass die Sitzungen des Landesjugendhilfeausschusses öffentlich sind und dass die Öffentlichkeit u.a. durch die Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle im Internet hergestellt werden kann. Er trägt an die Verwaltung des Landesjugendamtes die Bitte heran, dringend die Internetseiten des Landesjugendhilfeausschusses unter ksv-mv.de zu aktualisieren, die auf dem Stand von Ende 2017 sind.

<u>TOP 4</u> Übergangsmanagement Schule und Beruf, mit abschließender Aussprache und Forderungen für eine Beschlussfassung (Herr Scheller und Frau Dr. David)

Herr Heibrock begrüßt Frau Dr. David und Herrn Scheller. Herr Scheller beginnt mit der Vorstellung des Übergangsmanagements Schule/Beruf aus Sicht der DGB. Frau Dr. David stellt die Sicht der Schüler vor. Beide Präsentationen sind dem Protokoll als Anlage 1 und 2 beigefügt.

Bei der anschließenden Diskussion wird zunächst von Frau Schönowski darauf hingewiesen, dass die Schüler bei der Vorbereitung auf die Berufswahl vielfach durch die Infrastrukturprobleme Mecklenburg-Vorpommmerns behindert werden und dass die Arbeitgeber zu wenig einbezogen sind. Herr Scheller gab an, dass das ein Problem ist, dass der DGB bereits gesehen hat und versucht wird, Wege für Veränderungen zu finden.

Herr Bollenbach spricht sich ebenfalls dafür aus, die "Beweglichkeit" der Schüler zu erhöhen und merkt die Wichtigkeit der Begleitung der Schüler beim Praktikum durch einen Lehrer an.

Frau Prof. Dr. Bräutigam äußert die Erwartung, dass die Eltern in die Auswertung der Potentialanalyse dazu geholt werden. Frau Dr. Schwertfeger weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass aus Studien bekannt ist, dass die Herkunftsfamilie am stärksten wirke. Frau Dr. David erklärt hierzu, dass man diesbezüglich nach Wegen suche, dass aber gerade die Eltern schwierig zu erreichen seien, deren Interesse an schulischen und berufswahlspezifischen Angelegenheiten ihrer Kinder begrenzt ist.

Frau Theil gibt zu bedenken, dass fraglich ist, ob die Potentialanalyse die Berufswahl tatsächlich erleichtern könne. Die Aussagekraft der Potentialanalyse sollte nicht überbewertet werden. Sie kritisiert, dass bei dem Übergabemanagement Schule/Beruf die Gruppe der Care Leaver und der Behinderten unberücksichtigt bleiben.

Herr Herzfeldt legt dar, dass die Einrichtung einer Jugendberufsagentur ein positiver Ansatz ist, um den Jugendlichen einen Ansprechpartner zu bieten. Jugendberufsagenturen sind für alle da, was sichtbar daran ist, dass die Agenturen die Schule als Partner haben. Jugendberufsagenturen bieten Jugendlichen die Chance, sich noch besser auf die Berufswahl und den Berufseinstieg vorzubereiten.

Herr Herzfeldt weist darauf hin, dass die Berufseinstiegsbegleitung derzeit jeweils zur Hälfte finanziell von der Agentur für Arbeit und dem Bund getragen werden. Im Jahr 2019 wird die Finanzierungsbeteiligung durch den Bund entfallen. Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat sich dahingehend positioniert, keine finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Er äußert ausdrücklich die Bitte/Empfehlung an die Mitglieder zu beschließen, dass das Land Mittel zur Unterstützung der Berufseinstiegsbegleitung bereitstellt. Er spricht sich zugleich für einen Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses dazu aus, dass auch an Gymnasien im Rahmen der Berufsorientierung eine Potentialanalyse, welche bislang nur an den Regionalen Schulen angeboten wird, durchgeführt wird.

Frau Prof. Dr. Bräutigam warnte hierauf eingehend vor einer Überschätzung der Potentialanalyse, worauf hin Herr Herzfeldt äußerte, dass die Analyse ein erster und wichtiger Baustein ist.

Frau Dellin bringt ergänzend ein, dass es auch andere Arbeitsbündnisse im Land gibt mit entsprechenden Netzwerken, die ähnliche Arbeit leisten, wie die Jugendberufsagenturen.

Frau Dr. David weist im Hinblick auf eine mögliche Beschlussfassung bzw. Empfehlung des Landesjugendhilfeausschusses auf die Fahrtkosten-Richtlinie des Landes hin. Nach dieser Richtlinie sind die Jugendlichen ausgeschlossen, die sich in einer

schulischen Ausbildung befinden. Frau Dr. David nimmt gerade bei den Jugendlichen, die sich für eine schulische Ausbildung entscheiden, teilweise entscheiden müssen, weil es eine betriebliche Ausbildung nicht gibt, eher den Bedarf einer Fahrtkostenerstattung wahr als bei den Jugendlichen, die eine betriebliche Ausbildung absolvieren. Dies hängt damit zusammen, dass in der schulischen Ausbildung keine Vergütung gezahlt wird und in vielen Fällen die Eltern bereits durch die Zahlung der Schulgebühren belastet sind.

Herr Heibrock gibt an, einen Forderungskatalog zur Beschlussfassung durch den Landesjugendhilfeausschuss vorzubereiten, in dem u.a. auch die unter TOP 4 diskutierte Thematik Eingang finden wird.

TOP 5 Aufgabenbeschreibung Unterausschuss Jugend- und Schulsozialarbeit

Herr Heibrock nimmt Bezug auf die letzte Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses am 21.06.2018 und erinnert an die protokollierte Absprache, dass zu dieser Sitzung eine Aufgabenbeschreibung formuliert werden sollte. Er fragt nach, ob aus den Reihen der Mitglieder ein solcher Beschlusstext für die heutige Sitzung vorbereitet wurde. Aufgrund ausgebliebener Wortmeldungen stellte Herr Heibrock fest, dass eine entsprechende Aufgabenbeschreibung nicht in die heutige Sitzung eingebracht wird.

Herr Heibrock bringt in Erinnerung, dass der Unterausschuss nicht die Aufgabe zugewiesen werden könne, die Aufgaben der Schulsozialarbeit zu beschreiben. Dies sei Aufgabe der Landesregierung.

Als Ziel und Aufgabe eines möglichen Unterausschusses nannte Herr Bollenbach die Finanzierungsabsicherung für Schulsozialarbeiter, die Abklärung sinnvoller Qualifizierungen und die Herausarbeitung von Verknüpfung bzw. Schnittstellen von Jugendund Schulsozialarbeit.

Frau Schönowski, Frau Kaiser und Hr. Gäde erklären sich bereit, zur nächsten Sitzung einen Beschlusstext für einen möglichen Unterausschuss des Landesjugendhilfeausschusses zu erarbeiten.

TOP 6 Konkrete Beispiele aus der Praxis zum Thema "Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung sozialer Arbeit" (Herr Lehmann)

Herr Lehmann erklärte, hierzu nicht mehr vortragen zu können, da er die Sitzung gleich verlassen müsse. Er merkte an, dass seinem Vorschlag, aus der Praxis zu

berichten, mit dem Titel "Arbeitsbedingungen als Ausdruck gesellschaftlicher Anerkennung sozialer Arbeit" ein zu enger thematischer Rahmen gegeben wurde.

Ersatzweise informiert an dieser Stelle Frau Prof. Dr. Bräutigam über das Treffen der AG "Fachkräftemangel/Fluktuation der Professionellen" am 06.09.2018 in Rostock. Frau Prof. Dr. Bräutigam erklärte, dass die AG-Mitglieder eine Matrix entwickelt haben, die zur Diskussion im Landesjugendhilfeausschuss gestellt werden, über die beraten und die gemeinsam im Landesjugendhilfeausschuss gefüllt werden soll. Darüber hinaus hat die AG weitere Punkte herausgearbeitet, über die ein Beratungsprozess im Landesjugendhilfeausschuss angestrebt wird. Dies sind die Themen Berufswahl und gesellschaftliche Aspekte der Wertschätzung sozialer Berufe.

Herr Heibrock erklärt, dass die Beratung und Diskussion über die Ergebnisse der AG auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses gesetzt wird.

Herr Thönelt bittet zur Vorbereitung auf die Diskussion zu dieser Thematik darum, dass die Ergebnisse vom Fachtag "Expertenhearing" am 14.09.2018 beim Schabernack e.V. in Güstrow zur nächsten Sitzung allen Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Das Protokoll vom Fachtag wird in den nächsten Tagen erwartet. Der KSV M-V wird beauftragt, mit der Einladung zur nächsten Sitzung des Landesjugendhilfeausschusses das Protokoll zu versenden.

TOP 7 Respekt Coach – ein bundesweites Präventionsprojekt – ein Angebot der Jugendsozialarbeit

Frau Theil erklärt, dass das Thema von ihr eingebracht wurde, um dem Landesjugendhilfeausschuss Informationen über das Programm des Bundesfamilienministeriums "Anti-Mobbing-Profis/Respekt Coaches", das in allen Bundesländern in diesem Schuljahr als Modell gestartet ist, zu geben.

Umsetzungspartner des Programms sind die Jugendmigrationsdienste, Schulen, Träger der Radikalisierungsprävention bzw. der politischen Kinder- und Jugendbildung und öffentliche Träger der Jugendhilfe. Beteiligt werden zudem die Landesdemokratiezentren. Frau Kehrhahn-von Leesen hatte sich im Vorfeld der heutigen Sitzung mit der Landeszentrale für politische Bildung, Frau Schmidt, als Ansprechpartnerin für dieses Programm in Verbindung gesetzt und eine Präsentation zur Kurzvorstellung des Programms per Mail erhalten, die in Papierform den Teilnehmern zur Verfügung gestellt worden ist und diesem Protokoll nochmal als Anlage 3 beigefügt wurde.

Frau Theil berichtet, dass in Mecklenburg-Vorpommern derzeit an acht Standorten (Parchim/Wismar, Neubrandenburg, Pasewalk, Rostock, Rügen, Schwerin, Stralsund

und Waren (Müritz)) Jugendsozialarbeit an Schulen über dieses Programm angeboten wird.

Frau Theil erklärt weiter, dass sie für Mecklenburg-Vorpommern die Schwierigkeit sehe, dass kaum Erfahrungen mit Islamismus und Extremismus vorhanden sind und gibt zu bedenken, dass mit der Umsetzung des Programms ein Parallelangebot zur Schulsozialarbeit entstanden ist und dass sich hieraus möglicherweise eine Konkurrenzsituation zur klassischen Schulsozialarbeit ergibt.

Frau Prof. Dr. Bräutigam gibt den Hinweis, dass der Bund die bisherige finanzielle Unterstützung für die klassische Schulsozialarbeit demnächst nicht mehr zur Verfügung stellen wird. Die Mittel werden zukünftig in Programme für Demokratieerziehung und Friedensbildung fließen.

Frau Theil bittet um ein Feedback, ob der Wunsch besteht, dass die Aufgaben, Ziele und Hintergründe des Programms im Einzelnen näher durch Frau Schmidt von der Landeszentrale für politische Bildung im Landesjugendhilfeausschuss vorgestellt werden bzw. ob über dieses Programm explizit beraten werden soll.

Es wurde sich darauf verständigt, dass die heutige Kurzdarstellung des Programms als erste Information ausreichend ist, so dass von einer Einladung von Frau Schmidt vorerst Abstand genommen wird. Es soll abgewartet werden, ob die finanzielle Förderung des Programms über das Jahr 2018 hinaus erfolgt. Gegebenenfalls wird sich der Landesjugendhilfeausschuss im nächsten Kalenderjahr mit dem Programm befassen.

TOP 8 Termine des LJHA 2019

Frau Theil bezieht sich darauf, dass der Landesjugendhilfeausschuss in der Vergangenheit im Turnus von sechs Wochen getagt hat und legt in Absprache mit den Anwesenden für das Kalenderjahr 2019 folgende Termine fest:

- 1. Sitzung: Donnerstag, den 31.01.2019
- 2. Sitzung: Donnerstag, den 21.03.2019
- 3. Sitzung: Donnerstag, den 02.05.2019
- 4. Sitzung: Donnerstag, den 27.06.2019
- 5. Sitzung: **Dienstag**, den 17.09.2019
- 6. Sitzung: Donnerstag, den 07.11.2019
- 7. Sitzung: Donnerstag, den 05.12.2019

Die Verwaltung des Landesjugendamtes wurde gebeten, an die Sitzungsorte Rostock und Schwerin einzuladen, mit Ausnahme des Sitzungstermins am 02.05.2019. An diesem Tag soll die Sitzung im Landkreis Vorpommern-Greifswald stattfinden.

TOP 9 weitere Berichte

Informationen aus der AG "Fluktuation der Professionellen" finden sich im Protokoll unter dem TOP 6. Weitere Mitteilungen aus Unterausschüssen oder Gremien, der Verwaltung des Landesjugendamtes oder dem Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung gab es nicht.

TOP 10 Sonstiges

Das Erfordernis der Aktualisierung der Internetseiten des KSV M-V betreffend den Landesjugendhilfeausschuss, herangetragen von Herrn Heibrock zu Beginn der Sitzung, sind im Protokoll auf Seite 2 aufgeführt. Es gibt keine weitere Wortmeldung zum TOP Sonstiges.

Für das Protokoll Für die Richtigkeit

Simone Schlieker Friedhelm Heibrock
Landesjugendamt M-V Vorsitzender des 7. LJHA

Anlagen:

- 1. Teilnehmerliste 8. Sitzung
- 2. Präsentation Übergangsmanagement Schule/Beruf von Herrn Fabian Scheller
- 3. Präsentation Übergangsmanagement Schule/Beruf von Frau Dr. David
- 4. Vorstellung des Programms "Respekt Coaches" des BMFSFJ